

Rede des Präsidenten des Deutschen Städtetages Markus Lewe

im Rahmen der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25.5.2023 in Köln

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank an Oberbürgermeisterin Henriette Reker für die Begrüßung und den herzlichen Empfang, den Sie und die Stadt Köln uns bereitet haben.

Und herzlichen Dank auch an Anja Heyde, die dieses Mal die Moderation unserer Hauptversammlung übernimmt und die uns an diesen beiden Tagen in den Diskussionen und Foren begleiten wird. Schön, dass sie da sind.

Meine Damen und Herren,

„Gemeinsam neue Wege wagen“ – das haben wir uns als Motto für unsere Hauptversammlung gewählt. Ein Motto, das eindeutig in die Zukunft gerichtet ist. Deshalb mag es ein wenig ungewöhnlich sein – aber ich möchte zum Auftakt doch noch einmal einen ganz kurzen Blick zurückwerfen. Es ist gerade einmal ein paar Monate her, da haben wir in Deutschland noch gebangt, ob das Gas reicht und wir es ohne Blackouts durch den Winter schaffen, ob wir die Energieversorgung aufrechterhalten können, ob wir Betrieben oder sogar privaten Haushalten wortwörtlich das Licht ausdrehen müssen.

Wir HABEN diese Krise im letzten Winter gemeistert. Das lag nicht nur – aber zu einem ganz erheblichen Teil – auch an dem, was wir in den Städten geleistet haben. Mit unserem Know-how vor Ort und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Warum dieser Blick zurück zum Start unserer Hauptversammlung, bei der wir alle eigentlich gemeinsam nach vorne schauen wollen? Weil die Energiekrise beispielhaft für das steht, was uns in den vergangenen Jahren beschäftigt hat und auch in Zukunft beschäftigen wird: Auf die Debatten zum Klimawandel und die Hitzesommer folgte die Corona-Krise, auf die Corona-Krise der Angriffskrieg auf die Ukraine, darauf ganz unmittelbar die Energiekrise. Und die meisten dieser Krisen dauern fort. Wir werden auch weiter darüber diskutieren müssen, was uns fehlt: Fehlende natürliche Ressourcen, fehlende finanzielle Ressourcen, fehlende Fachkräfte, fehlende Wohnungen, fehlende Kita-Plätze.

Wenn ich aber hier in den Saal blicke, kann ich Ihnen auch sagen, woran es NICHT fehlt: An Zuversicht und Gestaltungswille in den Städten. Wer vor einer Herausforderung steht, hat zwei Möglichkeiten: Den Kopf in den Sand stecken – oder sich ehrlich machen. Sich ehrlich machen, woran es fehlt. Klar sagen, was es braucht – und dann anpacken und gestalten. Ich weiß, dass wir uns als kommunale Familie immer für die zweite Möglichkeit entschieden haben. Auch dafür war der letzte Winter beispielhaft, mit den Lösungen, die wir vor Ort gefunden haben, um gut durch den Winter zu kommen. Und das – das kann ich Ihnen versprechen – werden wir gemeinsam im Deutschen Städtetag mit voller Kraft und vollem Engagement auch in Zukunft tun. Wir werden Herausforderungen meistern. Wir werden unsere Zukunft gestalten. Deshalb sind wir alle gemeinsam hier, tauschen uns aus, diskutieren miteinander. Wir werden als Städte gemeinsam neue Wege wagen!

Wärmewende

Meine Damen und Herren,

Neue Wege wagen – das heißt beim Klimaschutz, bei der Energiewende, bei der Wärmewende auch, uns noch mehr anzustrengen, Gewohnheiten zu hinterfragen – selbst wenn wir das 1,5 Grad Ziel nicht schaffen sollten – es lohnt sich, um jedes Grad Celsius und um jede Komma-Stelle zu kämpfen.

Neue Wege wagen heißt auch, eine Vorstellung vom Ziel zu haben. Bei der Wärmewende ist das grundsätzlich klar: Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, spätestens 2045 aus der Nutzung fossiler Energieträger in der Wärmeversorgung auszusteigen. Wir wissen, dass die Weichen dafür jetzt gestellt werden müssen. Welche NEUEN WEGE wir dafür gehen müssen, dafür haben wir in den Städten gemeinsam mit unseren kommunalen Energieversorgern das notwendige Know-how. Wir sind ganz zentrale Akteure bei der Wärmewende. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, dass sie dieses Know-how in ihre Pläne VIEL stärker einbezieht, als bisher. Stichwort: Kommunale Wärmeplanung.

Wir müssen aber leider feststellen, dass beim Gebäudeenergiegesetz – dem GEG – das Pferd von hinten aufgezäumt wurde. Wir halten es für zwingend notwendig, die Reform des GEG jetzt so schnell wie möglich eng an den Gesetzgebungsprozess der kommunalen Wärmeplanung anzukoppeln. Wir wollen vor Ort die Wärmeversorgung strategisch angehen und organisieren. Ohne kommunale Wärmeplanung fehlt es an einer gesicherten Perspektive für die Bürgerinnen und Bürger, wann überhaupt ein Wärmenetzanschluss kommt oder welche anderen Technologien möglich sind. Vor Ort entsteht dadurch viel Unruhe und Verunsicherung. Um es ganz klar zu sagen: So ein wichtiges Vorhaben wie die

Wärmewende geht nicht in einer Hau-Ruck Aktion. Und es geht nicht ohne die Städte. Die Bundesregierung muss das Gesetz dringend anpassen.

Ein Beispiel: Die kommunalen Wärmenetze sollen und müssen eine zentrale Säule in der Wärmewende sein. Der Aus- und Umbau der Netze wird für die Städte in den kommenden Jahren ein ganz schöner Brocken – nicht nur finanziell, auch organisatorisch: Baustellenmanagement, Netzentwicklungspläne, kommunale Wärmeplanung, Logistik, Baugenehmigungen. Das braucht Zeit. Die Regelungen im Gesetzentwurf mit der Pflicht, bereits 2035 einen Anteil von 65 Prozent Erneuerbaren Energien im Wärmenetz sicherzustellen sowie die Garantiepflcht für den Anschluss an ein Wärmenetz bis 2035 sind aus unserer Sicht in der Fläche nicht realisierbar. Diese starren Fristen sind aber auch gar nicht notwendig. Weil das Ziel, 2045 klimaneutral zu sein, ja feststeht. Und da sind wir wieder beim NEUE WEGE WAGEN. Wir Städte wollen und brauchen beim GEG schlicht und einfach den Spielraum, die notwendigen Zwischenziele bis 2045 je nach unseren Gegebenheiten vor Ort selbst festzulegen.

Und wir brauchen einen Rahmen, der es uns erlaubt, Verbindlichkeit der Planung herzustellen – Anschluss- und Benutzungszwang sagen die einen, solidarische Wärmeversorgung die anderen – gemeint ist dasselbe: unsere erheblichen Investitionen in die Fernwärmenetze müssen schon irgendwie auch gesichert werden.

Investitionen in Transformation

Das gilt nicht nur für die Wärmewende. Ob Energiewende, Mobilitätswende oder Transformation unserer Städte und Innenstädte – all das gibt es nicht zum Nulltarif. Dafür braucht es die notwendigen Mittel. Und wenn wir uns die Investitionsfähigkeit der Städte anschauen, dann sind wir meilenweit entfernt vom Frohlocken. Denn anders als noch in den 1970er Jahren können wir eben nicht mehr von mehr als 30 Prozent Anteil des Investitionshaushalts am Gesamthaushalt der Kommunen ausgehen. Keineswegs. Der Anteil der Investitionen am kommunalen Gesamthaushalt liegt nun schon seit Jahrzehnten im Schnitt bei ungefähr 10 Prozent! Das müssen wir ändern, wenn wir Transformation zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz wollen, wenn wir Transformation für zukunftsfähige Städte wollen. Das können wir aber nicht alleine! Die Transformation erfordert riesige Summen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau – KfW – nennt eine Zahl von öffentlichen und privaten Investitionen in einer Größenordnung von fünf Billionen (!) Euro, wenn Deutschland bis 2050 klimaneutral werden will. Und die Umweltministerkonferenz der Länder hat einen Stellenbedarf allein für Maßnahmen der Klimaanpassung von über 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Ländern und Kommunen erhoben.

Es bedarf keiner großen Erklärung, dass die Kommunen das nicht einfach selbst stemmen können. Bund und Länder müssen die entsprechenden Mittel bereitstellen. Und auch da sollten wir mal NEUE WEGE WAGEN. Bitte keine Förderprogrammen, die so bürokratisch und

unflexibel sind, dass man Manager einstellen muss, um das Förderdickicht zu durchdringen und an die Gelder zu kommen. Traut man uns vor Ort so wenig zu? Wir wissen, dass Transformation in ganz vielen Bereichen notwendig ist für unser Land. Wir arbeiten längst an der Transformation unserer Städte. Deshalb der Appell an Bund und Länder: Dann gebt uns aber auch die Mittel, unbürokratisch und flexibel, am besten über die Umsatzsteuer. Und wenn ihr schon nicht auf Förderprogramme verzichten wollt, dann gestaltet sie wenigstens so aus, dass man sie tatsächlich umsetzen kann. Ohne dicke Pakete mit Antragsunterlagen, die nur noch ausgewiesene Experten ausfüllen können.

Weitere Transformationsthemen: Verkehr, Mobilität, Bauen

An diesem Punkt möchte ich allen ausdrücklich danken, die sich in der Vergangenheit in puncto Klimaneutralität und Transformation mit neuen Ideen und Modellprojekten beteiligt haben und allen, die nachher in den Foren ihre Erfahrungen einbringen, fachlich darüber diskutieren und sich austauschen. Dieser Austausch untereinander ist das vielleicht Wertvollste, das wir haben und das uns als Städte in Deutschland stützt und verbindet.

Vor Ort in den Städten wollen und müssen wir die Probleme angehen und Lösungen umsetzen. NEUE WEGE WAGEN heißt auch: Von Bund und Ländern müssen die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen kommen, die eine solche Transformation und neue Ideen möglich machen. Aber – das möchte ich ausdrücklich betonen – nicht nur rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern auch die notwendigen rechtlichen Freiheiten, um unsere eigenen, passenden Wege zu gehen. Städte, die sich verändern und diese Veränderung aktiv gestalten wollen, brauchen dafür auch die entsprechende Befreiheit!

Ich bin mir sicher, wir alle denken oft: Es könnte so einfach sein. Ist es aber nicht.

Beispiel Straßenverkehr. Wäre es nicht großartig, wenn wir Geschwindigkeiten bei uns in den Städten einfach individuell und flexibel einrichten und regeln könnten – ohne den doppelten und dreifachen Nachweis für das Naheliegende führen zu müssen, nämlich die Sicherheit für alle im Verkehr zu verbessern? Hier braucht es endlich eine entschiedene Reform des Straßenverkehrsgesetz – wir werden sehen, ob der Entwurf des Bundesverkehrsministers den Städten hier endlich die nötigen Vereinfachungen und Spielräume gibt.

Beispiel ÖPNV: Wäre es nicht schön, keine bewertungsmathematischen Purzelbäume schlagen zu müssen, sondern einfach mal den gesunden Sachverstand einzusetzen, um nachzuweisen, dass eine neue oder verlängerte Tramlinie sinnvoll ist, auch wenn die Wohn- und Arbeitsgebiete, die in ihrem Verlauf liegen, erst noch entwickelt werden?

Beispiel Wohnungsbau: Wäre es da nicht besser, Wohnungsbau qualitativ zu verstehen und nicht nur quantitativ? Mit nachhaltigen, energetischen, ästhetischen und günstigen Wohnungen? Nicht die Wohnung über 100 Quadratmeter hat per se Qualitäten, sondern die

flexible, mit praktischen Einbaumöbeln gut ausgestattete und flächen- wie energiesparend entworfene Wohnung.

Um solche Visionen umsetzen zu können, brauchen wir ein verlässliches und modernes Bau- und Bodenrecht. Inzwischen ist die Gesetzgebung zum Bau- und Bodenrecht aber immer wieder Anlass zum Streit. Warum? Vielleicht, weil das Bewusstsein, dass Bodeneigentum in unserem Land nicht nur garantiert ist, sondern auch verpflichtet, im Laufe der Zeit verloren gegangen ist? Weil womöglich versäumt worden ist, das gar nicht so neue Verständnis einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik auch endlich in Gesetze zu gießen. Wenn wir aber bei Transformationsaufgaben in unseren Städten Erfolg haben wollen, dann brauchen wir auch hier die rechtlichen Instrumente. Das bedeutet, die Städte brauchen ein stadtweites Vorkaufsrecht, sie müssen spekulativer Bodenverwertung Einhalt gebieten können und selbst auch als Akteur auf dem Bodenmarkt handeln können. Da liegt die Verantwortung beim Bundesgesetzgeber. Wenn wir Energiewende, Wärmewende, Verkehrswende, nachhaltiges Wohnen und Bauen organisieren sollen – dann brauchen wir auch eine Bodenpolitik, die uns das ermöglicht.

Die Menschen, die bei uns in den Städten leben, die Firmen, die bei uns ihren Sitz haben – sie wissen um die notwendige Transformation. Der Weg dorthin braucht aber auch Akzeptanz in unseren Stadtgesellschaften. Und wirkliches Überzeugen geht nur auf Augenhöhe – mit pragmatischen, lebensnahen Lösungen. Genau darum treffen wir uns hier in Köln: Für den Austausch über Ideen und Modelle, die viele von uns bereits entwickelt, und die Erfahrungen, die Sie damit gemacht haben. Das bedeutet „Gemeinsam neue Wege wagen“.

Geflüchtete

Wenn sich Transformation wie am Reißbrett planen ließe, wäre das eine wunderbare Sache. Die Realität ist aber eine andere. Ich hatte es eingangs beschrieben: Immer wieder sind wir mit neuen Herausforderungen konfrontiert, auf die wir uns immer wieder neu einstellen müssen.

Seit dem schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sind mehr als eine Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland gekommen, um hier Schutz suchen. Lassen Sie mich an dieser Stelle im Namen des Deutschen Städtetages das ganz klare Signal senden: Unsere Solidarität und unsere Unterstützung gilt unverbrüchlich der Ukraine und gilt den Menschen, die vor Krieg und Zerstörung zu uns geflohen sind. Die Notwendigkeit, Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten, das ist eine humane Selbstverständlichkeit und steht außer Frage. Das ist unsere Überzeugung. Die Städte stehen zu ihrer Verantwortung. Ich kann Menschen, die vor einem Aggressor und

Despoten fliehen – ob er nun Putin heißt oder Assad – die kann ich nicht abweisen und zurückschicken in die Katastrophe.

Wir sind solidarisch, wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt stark bleibt. Es braucht die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten in allen Teilen der Gesellschaft. Und diese Akzeptanz wird aktuell brüchiger. Deshalb müssen wir auch darüber sprechen, wie das künftig realisierbar und finanzierbar ist.

Zusätzlich zu den Geflüchteten aus der Ukraine steigt auch die Zahlen der Asylbewerber aus anderen Ländern aktuell wieder deutlich an. Wie gesagt: Dass wir Menschen, die unseren Schutz brauchen, Hilfe bieten – das steht außer Frage. Und wir haben gerade in den Städten eine beeindruckende Hilfsbereitschaft und eine große Solidarität der Menschen mit den Geflüchteten erfahren. Dafür bin ich sehr dankbar.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Wir stoßen vielerorts an Grenzen. Es fehlt an Wohnungen, es fehlt an Kita- und Schulplätzen und an Personal – für die Bearbeitung von Anträgen, aber auch für die Integrationsarbeit. Viele von uns wissen nicht, wie und wo sie die Geflüchteten unterbringen sollen, wie Verpflegung, Bildung oder Gesundheitsvorsorge zu realisieren sind. Und das Ganze, ohne dabei die berechtigten Bedürfnisse aller anderen Menschen in den Städten aus dem Blick zu verlieren – gerade auch in einem ohnehin vielerorts schon extrem angespannten Wohnungs- und Immobilienmarkt. Dafür müssen wir Lösungen finden.

Und wir können nicht über Geflüchtete sprechen, ohne das Thema „Geld“ zu nennen. Ja, es stimmt, der Bund zahlt die Lebenshaltungskosten der Geflüchteten aus der Ukraine und er bezahlt auch einen großen Teil der Unterkunftskosten für diese Menschen. Aber wo bleibt die Integration? Wie sollen die Städte für Kindergartenplätze, für die Schulplätze, für all die vielen sozialen Leistungen sorgen, wenn der Bund sich hier zurücklehnt? Für die Asylbewerber, für all die geduldete Menschen – da müssen wir uns gemeinsam verantwortlich fühlen, und dazu gehört auch, dass Bund – und Länder – ihrer finanziellen Verantwortung gerecht werden. Wir erkennen durchaus an, dass der Bund in diesem Jahr pauschal 3,75 Milliarden Euro zu Verfügung stellt. Aber wir brauchen Verlässlichkeit, wir brauchen Planbarkeit.

Um es klar zu sagen – und das haben wir auch nach dem Flüchtlingsgipfel von Kanzler und Ministerpräsidenten vor zwei Wochen deutlich gemacht: Die finanzielle Unterstützung der Länder und vor allem des Bundes funktioniert nicht über pauschale Beträge. Wir brauchen endlich einen langfristigen Plan und wir brauchen ein Finanzierungssystem, das sich den Flüchtlingszahlen anpasst. Wenn mehr Menschen kommen, brauchen wir auch mehr Mittel. Das ist ein ganz einfaches Rechen-Prinzip. Und mit den Ländern sind wir uns in diesem Punkt auch einig. Warum diese Rechnung in der Bundesregierung offenbar Probleme bereitet, das ist mir persönlich – und sicherlich den meisten hier im Saal – schleierhaft.

Es war ein Flüchtlingsgipfel, der es an Weitsicht hat fehlen lassen. Wir brauchen endlich eine finanzielle, materielle und organisatorische Hilfestellung mit einem dauerhaften Konzept. Wir werden immer wieder Fluchtbewegungen nach Deutschland und Europa erleben. Da braucht es mehr als ein Bett und eine Mahlzeit für die Menschen, die zu uns kommen. Integration ist eine Riesenaufgabe. Integration ist eine Daueraufgabe. Wir Städte wissen das. Und diese Daueraufgabe braucht auch eine dauerhafte Finanzierung.

Von daher ist das Ergebnis, das Bund und Länder vor zwei Wochen auf ihrem Flüchtlingsgipfel erzielt haben, einerseits eine Überbrückung – mehr Geld für die Kommunen. Andererseits wird mit der zusätzlichen Milliarde Euro vom Bund nicht das Grundproblem gelöst.

Die Zusammenarbeit von Städten, Bund und Ländern muss mehr sein als ein Zuweisen von pauschalen Mitteln nach Kassenlage. Das hat mit „Feilschen“, wie das mancher Bundespolitiker nannte, nichts zu tun. Es geht nicht darum, dass wir auf einem „Basar“ sind. Es geht um Menschen und darum, wie wir sie versorgen und integrieren, ohne die Städte zu überlasten.

Was wir in diesem Zusammenhang auch brauchen – dringend brauchen – ist eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die realen Bedürfnisse in den Städten.

Da geht es um einfachere Verfahren, die unsere Ausländerbehörden entlasten. Da geht es aber auch um die Frage, warum Geflüchtete, die den Städten zugewiesen werden, nicht schneller und einfacher Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen können.

Dafür ist es notwendig, dass Bund und Länder in enger Zusammenarbeit mit uns, den Städten, die rechtlichen Grundlagen und die Verwaltungsvorschriften mit der Realität abgleichen und anpassen. Hier gilt dasselbe wie bei der Transformation bei Energie, Wärme und Mobilität: Das geht nicht Top-Down, das geht nur gemeinsam und ausgerichtet an dem tatsächlichen Bedarf in den Städten vor Ort.

Gute Gesetzgebung

Das gilt übrigens für alle Gesetze, die uns in den Städten konkret betreffen. Wir haben Föderalismus nie so verstanden, dass wir von oben eine Order bekommen und dann schauen müssen, wie wir das umgesetzt bekommen. Kooperativer Föderalismus funktioniert nur gut, wenn die Städte mit einbezogen werden.

Das heißt zum Beispiel, dass uns Bund und Länder nicht einfach nur informieren, wenn eine neue Regelung kommt, alles ausverhandelt ist und es für dringend notwendige Korrekturen ohnehin zu spät ist.

Sondern es geht darum, das Know-how und die Expertise aus der kommunalen Fachpraxis der Städte und Gemeinden rechtzeitig bei der Planung und Formulierung von Gesetzen zu berücksichtigen und in wirklich mal Praxis-taugliche (!) Regelungen einfließen zu lassen.

Wir appellieren daher an Bund und Länder: Lasst uns bei der Gesetzgebung stärker zusammenarbeiten. Sehen Sie und akzeptieren Sie, dass die Expertise und das Know-how für Kommunal-relevantes vor Ort in den Kommunen liegt und nicht unbedingt in jedem Fall in den Ministerien in Bund und Ländern.

Abschluss

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: viele Aufgaben liegen noch vor uns. Vieles ist aber auch schon in Bewegung. Viele Städte und Gemeinden haben sich bereits aufgemacht.

Sie sind dabei, neue Ideen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln, Sie sind hierher gekommen, um sich darüber auszutauschen, um gemeinsam neue Wege zu wagen und damit den Zusammenhalt der Städte im Deutschen Städtetag zu untermauern.

Was sie brauchen – was wir alle brauchen – fürs Untermauern ist das Fundament.

Dieses Fundament, das sind tragfähige politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die sich an Praxis und Realität der Kommunen ausrichten und nicht an bundespolitischen Wunschvorstellungen, und das ist der Austausch untereinander.

Ein Austausch über Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.

Die Städte sind die Keimzelle der Gesellschaft. Ein Mikroorganismus, der wie kaum eine andere Einheit die Stimmung unserer Gesellschaft und ihre großen Herausforderungen abbildet. Ob Klima, Verkehr, Geflüchtete, Wohnen oder Bildung – hier finden die Themen und findet das Leben der Menschen statt.

Aus diesem Mikrokosmos heraus entsteht auch die Transformation.

Wie das gelingt, hängt zum Teil von den Bund und Ländern ab und den Rahmenbedingungen, die sie schaffen;

Es hängt aber auch von uns allen hier ab und wie wir uns gemeinsam stärken und gemeinsam neue Wege gehen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, dass Sie alle gekommen sind und wünsche Ihnen gleich in den verschiedenen Themenforen motivierende Gespräche, frische Ideen und – einen Kompass für die NEUEN WEGE, die wir GEMEINSAM WAGEN WOLLEN.